

## Nach Urabstimmung: Knapper Kompromiss



Von Alberdina Körner und Adalbert Halt

**Stuttgart/Hilden. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wurde noch gezählt. In einer zweiten Urabstimmung sollten die in der GdP organisierten Tarifbeschäftigten in der Polizei über einen Kompromiss abstimmen, der nach einer Streikdrohung im öffentlichen Dienst ausgehandelt worden war. Bei der GdP hatten eindrucksvolle 91 Prozent der Abstimmenden für Streik plädiert.**

**Die neue Kompromissformel - eine bittere Pille. Aber das Streikziel, eine Verbesserung des ursprünglichen, auf einem Schlichterspruch basierenden Arbeitgeberangebots, wurde erreicht - wenn auch denkbar knapp.**

Acht Jahre nach dem letzten Streik im öffentlichen Dienst hatten ÖTV, DAG, GEW und GdP wieder zur Vorstufe des schärfsten gewerkschaftlichen Kampfmittels gegriffen, zur Urabstimmung. "Schock von Dresden!" - auf diesen Punkt brachte ein Gewerkschafter in Stuttgart am 30. Mai die Bewertung des Schlichterspruchs, der von den Arbeitgebern zum Angebot erhoben worden war. Dieses Angebot wurde von den jeweils an getrennten Orten in Stuttgart tagenden Großen Tarifkommissionen von GdP und ÖTV nach mehrstündigen Debatten abgelehnt.

Noch am Abend leiteten die Gewerkschaften die ersten Maßnahmen für eine Urabstimmung ein. Vorab galt es, aus dem Paket unerfüllter Forderungen, die in der Tarifrunde 2000 auf dem Tisch lagen, die Streikziele zu formulieren. Man einigte sich darauf, nicht die ursprünglichen Forderungen zur Tarifrunde 2000 aufrechtzuerhalten, sondern auf eine Verbesserung des Schlichterspruchs hinzuwirken.

Das erste Angebot der Arbeitgeber, auf den Tisch gelegt in der dritten Verhandlungsrunde am 6. Mai, war völlig unakzeptabel gewesen. Wie in der letzten Ausgabe berichtet, waren darin nicht die geringsten Angleichungsschritte der Osteinkommen an das Westniveau vorgesehen. Ferner hatten die Arbeitgeber eine denkbar niedrige Anhebung der Einkommen in zwei Schritten von 1,0 und 1,3 Prozent vorgeschlagen, ein Angebot, das weit entfernt war von der Einkommensentwicklung in anderen Branchen. Das Ganze war garniert mit drastischen Einschnitten in die Zusatzversorgung (VBL). Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hätten demzufolge allein die Last zu tragen gehabt, die die Finanzierbarkeit der Zusatzversorgung sicherstellen sollte. Unvermeidlich, dass die Gewerkschaften das Scheitern der Tarifverhandlungen erklärten. Die Arbeitgeber riefen die Schlichtung an, die dann in Leipzig und Dresden versuchte, eine Einigung herbeizuführen.

Die Arbeitgeber erhoben die Schlichterempfehlung, die spürbar über ihren ursprünglichen Zugeständnissen lag, zum Angebot, am 30. Mai wurde "weiterverhandelt". Zum Weiterverhandeln gab es allerdings nichts. Die Arbeitgeber von Bund, Ländern und Gemeinden lehnten es rundweg und ohne jede Diskussion ab, am Schlichterspruch noch Korrekturen vorzunehmen. Also hatten die Großen Tarifkommissionen zu bewerten: annehmen oder in die Urabstimmung gehen.

Die Diskussionen dauerten Stunden. Die Fragen: "Was wird uns ein Streik zusätzlich einbringen?", "Wie real ist eine Streikbereitschaft einzuschätzen?", "Wie steht es um die Risiken eines weiteren Abbaus von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst im Osten?", aber auch "Müssen wir nicht endlich einmal wieder Kampfbereitschaft zeigen?" bewegten die Gemüter. Sowohl in der GTK der GdP als

auch in der GTK der ÖTV machte sich mehr und mehr die Tendenz einer Solidarität mit dem Anliegen der Ost-Kolleginnen und -kollegen breit, für bessere Angleichungsschritte zu streiten. Diese von den Ost-Kolleginnen und -kollegen mit großer Aufmerksamkeit registrierte Solidarität sowie der Ärger über das beabsichtigte Diktat von Leistungsbeschränkungen bei der VBL führten letztendlich auch zur Ablehnung des Arbeitgeberangebots. Und damit zur Urabstimmung, deren Ergebnis den Arbeitgebern die Bereitschaft der Gewerkschaftsmitglieder deutlich machte, für Verbesserungen in den Streik zu gehen.

Die Arbeitgeber mussten diesen Druck der Gewerkschaftsmitglieder zur Kenntnis nehmen. Sie boten neue Verhandlungen an, die dann spät in der Nacht des 13. Juni zu einer neuen Kompromissformel führten. "Wir waren zum Streik bereit und haben daran gegenüber Bund, Ländern und Kommunen keinen Zweifel gelassen", sagte GdP- Vorsitzender Norbert Spinrath zu der Verhandlungslösung. In allen drei von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes festgelegten Streikzielen - Verbesserungen bei der Angleichung Ost, bei der Erhöhung der Einkommen und Herausnahme der Zusatzversorgung (VBL) aus der Tarifrunde 2000 - hätten Verschiebungen stattgefunden: Verbesserungen bei den Streikzielen Zusatzversorgung und Einkommen seien leicht erkennbar, wogegen die Verbesserung bei der Angleichung Ost nur schwer erkennbar sei, weil sie zulasten der materiellen Zuwächse gehe. Mit diesem Ergebnis könne keiner so recht zufrieden sein, am wenigsten die Kolleginnen und Kollegen in den neuen Ländern, die sich weitaus kräftigere Angleichungsschritte versprochen hatten.

### ***Die neue Kompromissformel im Einzelnen***

#### **Streikziel Angleichung Ost**

##### *Angebot der Arbeitgeber vor der Urabstimmung (Schlichterspruch):*

Für das Tarifgebiet Ost sollten die Einkommen von derzeit 86,5 Prozent schrittweise bis 2002 auf 90 Prozent des Westniveaus angehoben und dann bis 31. März 2003 eingefroren werden. Bis dahin sollten keine weiteren Angleichungsmaßnahmen stattfinden.

##### *Kompromiss:*

Die Mindestlaufzeit der schrittweisen Anhebung auf 90 Prozent ab 1. Januar 2002 gilt bis 31. Dezember 2002 und nicht wie ursprünglich vorgesehen bis 31. März 2003. Damit ist die Ausgangslage für die nächste Tarifrunde im Jahre 2003 gegenüber dem Schlichterspruch günstiger, zumal auch die Beträge in den Tabellen etwas höher sind als beim Schlichterspruch.

Die Verschlechterung der einzelnen Anhebungsschritte gegenüber dem Schlichterspruch wird durch die bei den allgemeinen Einkommenserhöhungen vorgesehenen Einmalzahlungen von April bis Juli 2000 abgedeckt, wenn auch nicht voll kompensiert. Denn die Einmalzahlungen werden auch im Osten voll in Höhe von 400 DM ausbezahlt und nicht wie sonst üblich auf das Ostniveau heruntergerechnet. Diese Einmalzahlungen wirken sich gerade in den unteren Einkommensgruppen erheblich aus.

Die von der GdP kritisierte 12-monatige Differenz zwischen der Laufzeit Ost und der Laufzeit der allgemeinen Einkommenserhöhungen wurde auf zwei Monate reduziert. Ferner ist die im Schlichterspruch vorgesehene Sperre für jegliche sonstigen Angleichungsschritte wie z.B. Arbeitszeit, Rationalisierungs- und Kündigungsschutz in der Kompromissformel nicht mehr enthalten. Stattdessen steht dort jetzt die Erklärung der Arbeitgeber, nach Ablauf des Tarifvertrages die Ostangleichung weiter voranzutreiben, was nach dem Schlichterspruch auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben

war.

### **Streikziel Einkommen**

*Angebot der Arbeitgeber vor der Urabstimmung (Schlichterspruch):*

Ab 1. April 2000 sollten die Einkommen um 1,8 Prozent und ab 1. April 2001 um weitere 2,2 Prozent erhöht werden; Laufzeit bis zum 31. März 2002. Die Zuwendung (Weihnachtsgeld) sollte bis 31. März 2002 weiter auf dem Niveau von 1993 festgeschrieben werden.

*Kompromiss:*

Ab 1. August 2000 werden die Einkommen um 2,0 Prozent und ab 1. September 2001 um weitere 2,4 Prozent erhöht. Für den Zeitraum vom 1. April bis 31. Juli 2000 erhalten Angestellte und Arbeiter eine Einmalzahlung in Höhe von 100 DM monatlich; Laufzeit bis zum 31. Oktober 2002. Die Zuwendung (Weihnachtsgeld) bleibt bis 31. Oktober 2002 auf dem Niveau von 1993 festgeschrieben.

### **Streikziel Zusatzversorgung (VBL)**

*Angebot der Arbeitgeber vor der Urabstimmung (Schlichterspruch):*

Bis Ende 2003 sollten die bestehenden Versorgungsrenten aus der Zusatzversorgung eingefroren werden.

*Kompromiss:*

Das Streikziel ist im Wesentlichen erreicht worden. Der jetzt getroffene Kompromiss übernimmt genau die Regelungen, die von den Gewerkschaften bereits bei den Tarifverhandlungen zur Zusatzversorgung im Februar 2000 zur Sicherstellung der Finanzierung der VBL zugestanden worden waren. Diese Zugeständnisse hatten die Arbeitgeber seinerzeit als unzureichend abgelehnt. Darüber hinaus gehende, von beiden Seiten für erforderlich gehaltene Regelungen werden - dem Streikziel entsprechend - in späteren Tarifverhandlungen zu vereinbaren sein. Diese Verhandlungen müssen bis 31.12.2001 abgeschlossen sein, sonst werden die Versorgungsrenten ab diesem Zeitpunkt für zwei Jahre eingefroren.

Nachdem diese Kompromissformel in Stuttgart gefunden worden war, hatten die Mitglieder wieder das Wort in einer zweiten Urabstimmung, die vom 19. bis 21. Juni stattfand. Falls 25 Prozent der teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen der Kompromissformel zustimmten, ist der Tarifkonflikt 2000 beendet. Das Ergebnis lag erst nach Redaktionsschluss vor.

### **GdP: Schily will spalten**

Unabhängig vom Ausgang dieser Urabstimmung bereitet sich die GdP auf eine weitere harte Auseinandersetzung mit Bundesinnenminister Otto Schily vor, der erneut seine Absicht bekräftigt hat, die Beamtenbesoldung vom Tarifergebnis abzukoppeln und eine Erhöhung lediglich am Inflationsausgleich zu bemessen. GdP-Vorsitzender Norbert Spinrath: "Die Ankündigung des Bundesinnenministers, die Beamten von der Einkommensentwicklung abzukoppeln, spaltet den öffentlichen Dienst und bürdet den Beamten ein weiteres Sonderopfer auf."

(aus [DEUTSCHE POLIZEI 7/2000](#))